

FESTAKT



zum Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2017



FESTAKT

zum Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2017
im Sächsischen Landtag

Festredner:
Prof. Mag. Dr. Michael Gehler

Es musizierten Schüler des
Vogtlandkonservatoriums »Clara Wiek«
unter Leitung von Jörg Leitz:

Josua Böhm (Trompete),
Jakob Zaumseil (Trompete),
Janina Wolfrum (Horn),
Jonas Winkel (Horn),
Jonathan Böhm (Euphonium)

Inhalt

Begrüßungsansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler	6
Grußwort des Staatsministers der Justiz des Freistaates Sachsen, Sebastian Gemkow	14
Vorstellung des Festredners, Prof. Mag. Dr. Michael Gehler	20
Festrede »Zeitenwende in Mitteleuropa. Die Umbrüche 1989/90 – Ursachen und Folgen« des Leiters des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim, Prof. Mag. Dr. Michael Gehler	22

Impressum: Herausgeber:

Sächsischer Landtag
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.:

Ivo Klatte, Sächsischer Landtag,
Anschrift s. o.

Redakteurin:

Katja Ciesluk, Sächsischer Landtag,
Anschrift s. o.

Fotos:

Steffen Giersch, Fotostudio
Tharandter Straße 19
01159 Dresden

Gestaltung, Satz:

Ö GRAFIK agentur für marketing und design
Wittenberger Straße 114 A
01277 Dresden
www.oe-grafik.de

Druck:

Sächsischer Landtag,
Anschrift s. o.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des
Sächsischen Landtags kostenfrei an Interessierte abgegeben.
Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien,
Fraktionen, Mandatsträgern oder zum Zwecke der Wahlwerbung ist
unzulässig.



»Unsere Demokratie ist robust, aber verwundbar.«

Begrüßungsansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Repräsentanten und Mitglieder der Verfassungsorgane
und des Konsularischen Corps, Exzellenzen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zur Feierstunde anlässlich des Tages der
Deutschen Einheit im Plenarsaal des Sächsischen Landtags.

Dieser Plenarsaal verkörpert für mich einen Ort gelebter Demokratie.
Abgeordnete verabschieden hier Gesetze und schaffen damit wichtige
Grundlagen für unser Zusammenleben in Sachsen. An diesem Ort tagen
parlamentarische Ausschüsse, werden der Ministerpräsident und die
Verfassungsrichter gewählt.

Hier finden jedes Jahr zahlreiche öffentliche Veranstaltungen statt,
hier erleben zum Beispiel Schüler hautnah Politik, hier üben sich Jugend-
liche im Debattieren und in Diplomatie. Und heute Nachmittag werden
hier wieder tausende Menschen an unserem traditionellen Tag der offenen
Tür Parlamentsluft schnuppern.

Ein offenes, ein erlebbares Parlament, das seine Besucher empfängt,
ein frei gewähltes Parlament, in dem Abgeordnete verantwortungsvoll
Politik gestalten, diese historischen Errungenschaften verbinde ich auch
mit unserem Nationalfeiertag.

Ohne die deutsche Einheit würde es diesen Plenarsaal, würde es den
Sächsischen Landtag, den Freistaat Sachsen und die Sächsische Ver-
fassung nicht geben.

Denn es ist noch keine 30 Jahre her, da standen hier an diesem Ort alte
Baracken. Dahinter verrottete der Erlweinspeicher, daneben floss der

schmutzigste Fluss Europas, die Elbe. Ein Trümmerhaufen lag dort, wo
heute die Frauenkirche steht. Das Residenzschloss war eine Ruine. Den
von den Bomben des Krieges verschont gebliebenen Stadtteilen drohte
Verfall und Abriss.

Es ist noch keine 30 Jahre her, da herrschte im Osten Deutschlands
eine kommunistische Diktatur, die Widerspruch rigoros niederwarf und
ihre Kritiker inhaftierte. Fernsehen und Presse sangen der Diktaturpartei
SED Lobeshymnen, obwohl sie und ihre Funktionäre das Land restlos
heruntergewirtschaftet hatten. Mitten durch Deutschland verlief ein
Todesstreifen. An der Ostseite des Berliner Reichstagsgebäudes stand
eine unüberwindbare Mauer, die Berlin und seine Menschen trennte.

Dann kam 1989 die friedliche Revolution: in Plauen, in Leipzig, in
Dresden, überall in der DDR. Wir holten uns damals unser Land zurück.
Wir gewannen Demokratie und die Einheit unserer Nation, unseres
deutschen Volkes. Wir, die Deutschen im Osten unseres Vaterlandes,
schrieben Weltgeschichte.





Vergessen wir das nie! Schon gar nicht an diesem 3. Oktober. Es ist der Tag, an dem im Jahr 1990 die gespaltene deutsche Nation friedlich wiedervereinigt wurde. Zugleich steht dieser Tag für die Wiedergründung des Freistaates Sachsen. Beides gehört zusammen, auf beides können wir stolz sein und beides wollen wir heute feiern.

Sachsen kehrte damals in das historische und neue Zentrum Europas zurück, nach Mitteleuropa. Schließlich war die friedliche Revolution 1989 Teil einer mittel- und osteuropäischen Demokratie- und Freiheitsbewegung. Diese »Zeitenwende in Mitteleuropa« ist auch das Thema, unter dem die heutige Veranstaltung steht und dem sich unser Festredner widmen wird. Herzlich willkommen Herr Professor Gehler.

Der Zeitenbruch durchzog 1989/90 ganz Mitteleuropa und veränderte es. Die Menschen nutzten die Gunst der historischen Stunde, befreiten sich aus der Unterdrückung der Diktatur. Sie verband das Ziel, künftig in Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand zu leben.

Unterdrücktsein und Selbstbefreiung sind intensive gemeinsame Erfahrungen in den Gesellschaften Ungarns, Tschechiens, Polens, der Slowakei und Ostdeutschlands. Eine weitere gemeinsame Erfahrung ist der gewaltige Umbruch seit 1990 mit all den Erfolgen und Gewinnern,



aber auch mit allen Härten und Verlierern. In Mitteleuropa durchziehen die Gesellschaften ähnliche, uns einander vertraut machende Spuren.

Als wir vor 27 Jahren in Sachsen den Faden der Freiheit und der Demokratie wieder aufgenommen haben, suchten wir zugleich den Kontakt zu unseren Nachbarn in Mitteleuropa. Bundeskanzler Helmut Kohl hat stets den Willen zur »Einheit unserer Nation« mit dem Ruf nach einem vertrauensvollen Ausgleich mit den Nachbarn in Ost und West verknüpft. Er hat sich immer um die kleineren Nachbarländer gekümmert, nicht nur um die großen.

In Sachsen haben wir das beherzigt. Ein enges Verhältnis mit unseren mitteleuropäischen Nachbarn, der Dialog auf Augenhöhe, hatte hier von Beginn an Priorität. Wir Sachsen sind schließlich Mitteleuropäer und Brückenbauer nach dem Osten.

Und es ist auch dieser besonderen Verbundenheit geschuldet, wenn wir zuweilen unserer Sorge Ausdruck verleihen, dass das Miteinander in Mitteleuropa Schaden nimmt. Etwa wenn alte Feinbilder wiederbelebt werden oder wichtige Errungenschaften des Jahres 1989 wie die Freiheit vor einer politisch gelenkten Justiz oder die Freiheit der Wissenschaft und der Presse gefährdet werden. Auch der Rückzug ins Nationalistische oder



die Erosion der freien Bürgergesellschaft durch staatliche Illiberalität sind falsche Wege – nicht nur in Mitteleuropa.

Meine Damen und Herren, in meiner Neujahrsansprache habe ich gefragt, ob wir aktuell vor einem neuen »Zeitenbruch« stehen. Schließlich durchleben wir eine politisch aufreibende Zeit voller Herausforderungen für unsere Demokratie und voller Verachtung gegenüber Politikern und dem Parlament. Speziell das sächsische Bundestagswahlergebnis, das ich in Teilen als Protest an der Wahlurne wahrnehme, ist ein Resultat dieser Zeit. Wir alle müssen es sehr ernst nehmen.

Lassen Sie mich, bevor ich darauf zu sprechen komme, aber eines sagen: Ich mache mir um die deutsche Demokratie und um den deutschen Parlamentarismus keine Sorgen. Beide sind robust und langhin erprobt. Beide sind lernfähig und werden mit der neuen politischen Konstellation



auf Bundesebene zurecht kommen. Hier sollten wir alle zusammen einen kühlen Kopf bewahren.

Trotzdem, meine Damen und Herren, ist unsere Demokratie in Deutschland, auch in Sachsen, verwundbar. Sie nimmt Schaden, je öfter und heftiger sie angegriffen wird. Aggressiver Populismus und andauernde Fundamentalkritik setzen ihr zu. Ebenso schadet ihr eine Politik, die grundlegende Bedenken der Bürger ignoriert, sie bevormundet und akute Probleme verdrängt oder nur unzureichend löst.

Deshalb sage ich es erneut: Nehmen wir die Sorgen der Bürger ernst und handeln wir entsprechend. Das geschieht offenkundig nicht in ausreichendem Maße. Unverändert ist eine ebenso kraftvolle wie verantwortungsvolle Politik nötig; eine Politik, die für die Bürger und für unser Land handelt, die Mängel sowie Fehler eingesteht und behebt. Eine



Politik, die ihr Handeln den Menschen vermittelt. Wer angeblich alternativlose Entscheidungen trifft, der provoziert Widerspruch. Man nimmt dann in Kauf, dass sich viele Menschen in unserer Demokratie mit ihren Ansichten und Meinungen nicht mehr repräsentiert fühlen.

Eine solche Entwicklung ist nicht gut. Denn Kritik ist ein Jungbrunnen der Demokratie, genauso wie der Kompromiss ihr Lebenselixier ist. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat immer wieder betont, wie wichtig die in Deutschland mühsam errungene Fähigkeit ist, über den »Konkurrenzreflex politischer Parteien und aktiver Politiker« hinweg, in wesentlichen Fragen eine gemeinsame Lösung zu erzielen. Ich empfinde es als Gefahr, wenn diese Fähigkeit von immer mehr Menschen aus verschiedenen Gründen als Schwäche gesehen wird.

Meine Damen und Herren, wir alle sind für unsere Demokratie verantwortlich und müssen uns mit ihr immer wieder neu auseinandersetzen. Unser Nationalfeiertag am 3. Oktober bietet uns dafür eine gute Gelegenheit.

Ich möchte Ihnen nun noch unseren heutigen Festredner, Herrn Professor Michael Gehler, vorstellen. Geboren 1962 in Österreich und aufgewachsen in Bayern, führte ihn sein Studium der Geschichte und Germanistik

zurück nach Innsbruck. Er wurde 2006 an die Universität Hildesheim als Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte berufen und war Gründungsdirektor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien.

Michael Gehler forscht intensiv zu Fragen der europäischen Integration und der Geschichte Mitteleuropas. Sein Standardwerk »Europa« spannt auf nicht weniger als 1300 Seiten den großen Bogen der Geschichte Europas von der Antike bis in die Gegenwart. Mir imponiert, dass er dabei seine Darstellung des europäischen Integrationsprozesses seit den 1950er-Jahren gesamteuropäisch anordnet. So legt er stets ein Hauptaugenmerk auf die Überwindung der Spaltung Europas durch die Freiheitsrevolutionen in Mitteleuropa, durch uns Ostdeutsche, die Ungarn, Polen, Tschechen und Slowaken.

Ich freue mich sehr, verehrter Professor Gehler, dass Sie zum heutigen Tag der Deutschen Einheit zu uns sprechen werden. Zuvor jedoch bitte ich den Staatsminister für Justiz – meinen Kollegen Sebastian Gemkow – als Repräsentant der Sächsischen Staatsregierung um das Wort.

Ich danke Ihnen.

»Es gibt ihn nicht, den Einheitsdeutschen.«

**Grußwort
des Staatsministers der Justiz des Freistaates Sachsen,
Sebastian Gemkow**

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Prof. Gehler,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir feiern heute zum 27. Mal unseren deutschen Nationalfeiertag. Unser Ministerpräsident tut dies in seiner Rolle als Erster Vizepräsident des Bundesrates beim zentralen deutschen Festakt in Mainz. Er hat mich gebeten, ihn hier zu vertreten und Sie alle sehr herzlich zu grüßen.

Wo man feiert, wird Gemeinschaft gelebt. Als Deutsche feiern wir an diesem Tag unsere Gemeinschaft miteinander, als ein Volk, das über 150 Jahre lang nach Einigkeit und Recht und Freiheit strebte und dabei durch bittere Zeiten von Teilung, Unrecht und Unfreiheit ging. Wir feiern den glücklichsten Tag unserer Geschichte als Nation und erinnern uns dabei zugleich an die Opfer, die den Weg dorthin säumten.

In Sachsen begehen wir diesen Feiertag mit besonderer Dankbarkeit. Denn es waren maßgeblich Sachsen, die mit ihren Massendemonstrationen das SED-Regime in die Knie zwangen und dazu brachten, die Mauer zu öffnen. Der glücklichste Tag unseres Landes kam nicht einfach über uns, sondern viele haben mitgeholfen, die Einheit in Recht und Freiheit zu vollenden. Einige von diesen mutigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind heute unter uns – Ihnen ein ganz besonders herzliches Willkommen hier im Hohen Haus!

Meine Damen und Herren, ich selbst war elf Jahre alt, als die Mauer fiel, und zwölf, als aus zwei deutschen Staaten wieder einer wurde. So habe ich die friedliche Revolution, die Deutsche Einheit und die Wiedergründung unseres Freistaates als Schüler erlebt.

Ich gehöre zu der Generation, die in der DDR zur Welt gekommen und in der Bundesrepublik erwachsen geworden ist; die Generation, die sich glücklich schätzen konnte, schon in ihrer Jugend die Grundrechte unserer



Verfassung voll in Anspruch nehmen zu können; die ihre politische Meinung frei äußern und sich politisch engagieren konnte, ohne Angst vor staatlicher Verfolgung haben zu müssen; die sich frei für ein Studium und für einen Beruf entscheiden konnte, ganz gleich, welchen Beruf die Eltern hatten, welcher Religion sie angehörten oder welche politische Auffassung sie vertraten; die durch ganz Deutschland und ein freies Europa reisen, die Welt entdecken, Menschen aus anderen Ländern und Kulturen kennenlernen konnte; die Generation, die nun all das tun konnte, was zuvor für junge Menschen im Osten Deutschlands und Europas nur ein Traum bleiben sollte.

Ich kann sagen, ich war dabei gewesen. Aber auch die Jüngeren, für die das Erzählungen aus vergangener Zeit sind, tragen die erstaunliche Geschichte vom Aufbruch in die Einheit in Freiheit im Herzen. Sie ist Teil



unseres Heimatgefühls und unserer Geschichte. Einer Geschichte von Menschen, die mit dem Mut der Verzweiflung gegen den allgemeinen Stillstand, gegen die Lähmung aller Privatinitiative, gegen die Bevormundung durch Parteifunktionäre auf die Straße gingen. Es ist die Geschichte von Menschen, deren Kreativität sich nicht entfalten konnte, die ihr volles Potenzial nie realisieren konnten. Und es ist die Geschichte von Menschen, die sich nach Vielfalt statt Einheitsbrei sehnten, nach Wohlstand statt Mangel, nach freier Betätigung statt Vereinnahmung und Kontrolle durch den Staat, der sich die gesamte Gesellschaft untertan machte.

Nach dem Aufbruch in die Freiheit kam für viele aber auch eine Zeit der Anstrengung und Enttäuschung. Manche sahen ihre Wünsche und Hoffnungen getäuscht. »Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat«, hat Bärbel Bohley einmal gesagt. Die massenhaft erlittene Arbeitslosigkeit hat bei vielen seelische, aber auch materielle Wunden hinterlassen, die bis heute nicht geheilt sind. Dass Betriebe, von denen einige zu den besten in der Welt gehörten, plötzlich Schrott gewesen sein sollen, hat die Beschäftigten dort bitter gekränkt. Auch das gehört zur Geschichte der deutschen Einheit.



Aber: Mindestens ebenso viele Geschichten handeln davon, wie sich Sachsen mit unfassbarem Mut in das Wagnis der Marktwirtschaft stürzten und Unternehmen gründeten, von denen manche heute zu den Weltmarktführern in ihrer Branche gehören. Hunderte von Bürgerorganisationen, frei von staatlicher Bevormundung, wurden neu gegründet – wie jedes Jahr beim »Tag der Sachsen« zu erleben ist. Tausende Mitbürger gestalteten in Politik und Verwaltung den rasenden Wandel in den 1990er-Jahren mit. Staat und Kommunen haben nach Jahren des Verfalls wieder investiert, Städte wurden saniert, ökologische Altlasten beseitigt, in den Braunkohlegebieten entstanden wunderbare Seenlandschaften.

Zu sagen, die deutsche Einheit hat uns viel Gutes gebracht, wäre deshalb nur halb richtig: Sie hat uns tatkräftigen Sachsen Mittel an die Hand gegeben, unsere Heimat selbst zu erneuern und gestalten. Wir haben diese Mittel klug dazu benutzt, unsere eigenen Kräfte zu vervielfachen. Wir haben unternehmerische Investitionen auf den Weg gebracht. Wir haben Schritt für Schritt ein Innovationssystem aufgebaut, das in Deutschland und der Welt hohes Ansehen genießt und das durch gelingenden Technologietransfer immer neue Unternehmensgründungen hervorbringt. Diese geduldige Arbeit zahlt sich aus. Vor 25 Jahren sind drei Viertel der



Jugendlichen nach der Schule aus Sachsen weggegangen. Heute ziehen drei Viertel innerhalb Sachsens um, weil sie hier beste Chancen auf einen Ausbildungs- und später Arbeitsplatz haben.

Solche Bilanzen gehören dazu, wenn wir unseren Nationalfeiertag begehen, genauso wie der Blick von außen. Jean-Claude Juncker, heute Präsident der Europäischen Kommission, sagte in seiner Zeit als Ministerpräsident von Luxemburg: »Nie in seiner Geschichte war Deutschland seinen Nachbarn ein besserer Nachbar als heute.« Sorgen wir dafür, dass das so bleibt! Gerade wir Sachsen haben mit unseren polnischen und tschechischen Nachbarn hier eine ganz besondere Verantwortung.

Zum heutigen Tag gehört schließlich auch der Blick nach vorn, auf unsere zukünftige Geschichte; dazu zwei Gedanken: Als Willy Brandt 1990 den ersten gesamtdeutschen Bundestag als Alterspräsident eröffnete, sagte er bezogen auf die Vereinigung: »Abgeschlossen ist dieser Prozess erst, wenn wir nicht mehr wissen, wer die neuen und wer die alten Bundesbürger sind.« Wir glaubten in den vergangenen Jahren und

Jahrzehnten, auf diesem Weg stetig voranzukommen. Aber nicht erst nach den Ergebnissen der vergangenen Bundestagswahl zweifeln Einige am Zusammenwachsen unseres Landes. So manche offen vorgetragene Wahlanalyse der vergangenen Tage redet sie wieder herbei – die Teilung. Aber die Verschiedenartigkeit der Ergebnisse zwischen Ost und West – bei Lichte betrachtet auch zwischen den Regionen, die sich nicht in Himmelsrichtungen einteilen lassen – ist in Wirklichkeit Folge sich unterscheidender Lebenswirklichkeiten, Lebenserfahrungen und sozialer Entwicklungen. Es gibt sie eben nicht in Deutschland – die Einheitsmeinung. Genauso wenig, wie es den Einheitsdeutschen gibt. Das »Wir« in Willy Brandts Zitat ist nichts Exklusives. Und das ist auch sächsisches Selbstverständnis.

Der Freistaat Sachsen ist ein starkes Land, weil alle mit angepackt haben: hiergebliebene Sachsen genauso wie solche, die in das Land ihrer Eltern oder Großeltern zurückgekehrt sind, um beim Aufbau zu helfen. Und auch Neusachsen, die aus vielen Ländern der Welt hierherkamen – ob als Spitzenforscher, DDR-Vertragsarbeiter oder Asylbewerber –, die hier ihre neue Heimat gefunden haben, sich hier integriert haben und daran mitarbeiten, dass Sachsen auch weiterhin für alle eine gute Heimat ist. Es gibt ihn nicht, den Einheitsdeutschen und es hat ihn in deutschen Landen nie gegeben. Es sind die Unterschiede, die uns auszeichnen, bereichern und anziehend machen. Und so freue ich mich mit Ihnen auf eine Feierstunde und das 28. Jahr, in dem wir den Traum von Einigkeit und Recht und Freiheit leben.

Vielen Dank!

Vorstellung des Festredners, Prof. Mag. Dr. Michael Gehler

Prof. Dr. Michael Gehler, geb. 1962 in Innsbruck, wuchs als Kind in Bayern auf und studierte von 1981 bis 1988 an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck Geschichte und Germanistik. Zunächst arbeitete er dort als Wissenschaftler und außerordentlicher Professor am Institut für Zeitgeschichte (1999 – 2006), bevor er 2006 an die Universität Hildesheim als Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte berufen wurde. Hier wirkt er seither als Leiter des Instituts für Geschichte und hält ad personam den Jean Monnet Chair. Von 2013 bis 2017 Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien, ist er korrespondierendes Mitglied derselben. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die europäische Integration sowie Themen der europäischen und internationalen Geschichte.

Ausgewählte aktuelle Publikationen: Imperien und Reiche in der Weltgeschichte, 2 Bde., gemeinsam mit Robert Rollinger (2014); The Revolutions of 1989. A Handbook, gemeinsam mit Wolfgang C. Mueller und Arnold Suppan (2015); Welthistorische Zäsuren 1989 – 2001 – 2011, gemeinsam mit Michael Corsten und Marianne Kneuer (2016); Europa und die deutsche Einheit, gemeinsam mit Maximilian Graf (2017); Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt (2018).



»Zeitenwende in Mitteleuropa. Die Umbrüche 1989/90 – Ursachen und Folgen«

**Festrede
des Leiters des Instituts für Geschichte
der Stiftung Universität Hildesheim,
Prof. Mag. Dr. Michael Gehler**



Hohes Haus des Sächsischen Landtags,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister,
Exzellenzen, Magnifizenzen und Spektabilitäten,
sehr geehrte Damen und Herren!

Fand im Jahre 1989 in Mitteleuropa eine Revolution statt und wenn ja wie ist ihr Ausgang zu beurteilen? Einer Legende gemäß, wonach der chinesische Revolutionsführer Mao Zedong von Stalin gefragt worden sei, was er über die Auswirkungen der Französischen Revolution von 1789 denke und ob sie ein Erfolg gewesen sei, soll Mao geantwortet haben, dass es noch zu früh wäre, um sich ein Urteil zu bilden. Diese sagenumwitterte Anekdote sei vorangestellt, wenn es darum geht, ausgewogen und behutsam die Ereignisse von 1989 und ihre Folgen ausgewogen und behutsam zu beurteilen.

Der französische Politikwissenschaftler Pierre Grosser sieht das Jahr 1989 in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung als ein Epochen-Jahr. Dieses stand in Mitteleuropa im Zeichen dramatischer politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Umwälzungen, verbunden mit weitreichenden Folgen und tiefgehenden Erfahrungen.

Sozialistische Regime gaben ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Schnelligkeit auf. Die Ereignisse in Deutschland standen zeitlich in der Mitte: Die Ostdeutschen machten nicht den Anfang, sondern folgten erst Polen und dann Ungarn, was für die internationale Akzeptanz der deutsch-deutschen Einigung ein Jahr später mitentscheidend war.



Ausgangspunkt für die Einigung war der viel zitierte »Fall der Mauer« am 9. November 1989 – präzise gesprochen handelte es sich um die Öffnung des Grenzübergangs Bornholmer-Straße in Berlin. Die Mauer stand an diesem Tag noch und war wenn dann auch nur von westlicher Seite zu besteigen. Von östlicher Seite war sie noch streng bewacht.

I. Länger zurückliegende Ursachen

Mehrere Faktoren können wir für den Zerfall des realexistierenden Sozialismus in Mitteleuropa ausmachen: Die Dauerkrise und die Erosion des bürokratischen Staatskommunismus sowie die Entspannungspolitik im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), ausgehend von der Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 und den KSZE-Nachfolgetreffen in Belgrad 1977/78, in Madrid 1980–1983 und in Wien 1986–1989, wobei Bürgerrechte und Reisefreiheit wichtige

Themen waren. Die Reformbestrebungen unter Michail S. Gorbatschow in der Sowjetunion, die seit Mitte der 1980er-Jahre den Andersdenkenden in den »sozialistischen Bruderstaaten« politische Motivation und moralische Legitimation für ein immer offener zur Schau gestelltes Oppositionsverhalten gaben, brachten auch Bewegung in die deutsche Frage.

Das »Umbruchjahr« 1989 war Ergebnis der »erfolgreich gescheiterten« Revolution der kommunistischen Selbstüberwindung«, der eine »Revolte gegen die Ersatzreligion des Kommunismus« folgte, wie es der deutsche Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt formuliert hat.

Ein Zusatzfaktor bestand im Handeln des Vatikans, der selbst Akteur im Kalten Krieg war: Im Herkunftsland des Papstes sollte die größte Gewerkschaftsbewegung mit Solidarność und damit die erste organisierte Massenopposition ihren reformpolitischen Anfang nehmen. Carol Woytila bot als Papst Johannes Paul II. die ideelle, geistige und moralische Stütze der politischen Opposition in Polen.

Hinzu kam die innere Selbstüberhebung der kommunistischen Herrschaft (»Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf«, so Erich Honecker) mit der vorausgegangenen äußeren Überdehnung des sowjetischen Machtbereichs durch den Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan im Dezember 1979 und der kurz zuvor erfolgte NATO-Doppelbeschluss zur Nachrüstung nach der vorhergehenden sowjetischen Aufrüstung Mitteleuropas mit Mittelstreckenraketen.

Zuletzt war es das Unvermögen des Sozialismus, auf den kommunikationstechnologischen Wandel adäquat zu reagieren. Es zeigte sich dabei auch seine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im weltwirtschaftlichen Kontext der Globalisierung.

II. Unmittelbar wirkende Ursachen

Die Abdankung und Entlassung der alten Politikergarde um den gesundheitlich schwer angeschlagenen und praktisch handlungsunfähigen Sowjetführer Leonid Breschnew; die sich abzeichnende militärische Niederlage der UdSSR in Afghanistan und der von Gorbatschow verordnete Abzug der Sowjetstreitkräfte im Januar 1989; der schleichende ideologische Erosionsprozess; das Entstehen »zweiter« oder so genannter Schattenwirtschaften; die verstärkte Integration Mitteleuropas



in das westlich-kapitalistische Wirtschaftssystem mit der Zunahme der Auslandsschulden; die Unmöglichkeit, die von der »dritten industriellen Revolution« ausgehenden Innovationen der Mikroelektronik nachzuvollziehen sowie das Anwachsen einer Zivilgesellschaft als »zweiter Gesellschaft« – all das führte zu einem Problemstau, der sich in den politischen Umstürzen von 1989 entlud.

Die blutige Unterdrückung der Demokratiebewegung in Peking am 4. Juni 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens hatte gezeigt, wie eine kommunistische Führung auf Opposition reagierte. In Mitteleuropa fand eine »chinesische Lösung« nicht statt, weil die sowjetischen Truppen in den Kasernen blieben. Gorbatschow hätte mit einer militärischen Intervention seinen eigenen reformpolitischen Kurs (Glasnost und Perestroika) desavouiert und gefährdet. Eine chinesische Lösung hätte in Mitteleuropa auch aufgrund des KSZE-Nachfolgeprozesses nicht mehr zeitgemäß gewirkt, aber auch weil sich Opposition und Machthaber in Polen, Ungarn und der DDR über die Notwendigkeit eines friedlichen





Übergangs im Wesentlichen einig waren – schon mehr geknüpelt wurde in der ČSSR und ganz anders verliefen die politischen Umstürze in Rumänien mit einer konfiszierten und korrumpierten Revolution und in Jugoslawien mit Bürgerkrieg und Völkermord. Die eben genannten Vorgänge markierten regionale Unterschiede der politischen Kulturen und ihrer Konfliktaustragung zwischen Mitteleuropa und Südosteuropa.

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschieden fallen im Vergleich der Umsturzereignisse in Mitteleuropa auf: Ohne Gorbatschows Politik, die mit der Breschnew-Doktrin der eingeschränkten Souveränität der »Bruderstaaten« gebrochen hatte, wären die Umstürze wohl nicht möglich gewesen. Er war Initiator und Motor des Wandels, wenngleich er diesen Wandel in seinem Verlauf nicht mehr steuern konnte, geschweige denn seine Ergebnisse wollte: Die deutsche Einigung, eingebettet im Rahmen der KSZE und des atlantischen Bündnisses, das Ende der Sowjetunion und die NATO-Mitgliedschaft der ehemaligen sowjetischen Verbündeten und Volks- und Sowjetrepubliken – das alles sind Beispiele für die unbeabsichtigten Wirkungen der Politik von Gorbatschow.

»1989« ist auch im historischen Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 in der DDR, den Ungarn-Aufständen im Oktober und November 1956, dem Prager Frühling 1968 und der polnischen Gewerkschaftsbewegung der 1980er-Jahre zu sehen. Die Bevölkerungen der sozialistischen Staaten hatten sich damals schon punktuell und temporär in beträchtlichem Maße



von den kommunistischen Machthabern losgesagt, vor allem die mittlere Generation und die studentische Jugend, aber nicht in gleichzeitigen Aktionen wie 1989, denn alle probten den Aufstand nacheinander. Die verschiedenen vorrevolutionären Erfahrungen von 1953, 1956, 1968 und das gemeinsame kollektive Erlebnis der blutigen Niederwerfung der Volksbewegungen durch den Panzerkommunismus prägten jedenfalls in den Umbruchzeiten 1989 sowohl das vorsichtige und überlegte als auch das friedfertige und gewaltfreie Handeln der Opposition, wobei die Erfahrung der Friedensbewegung seit den frühen 1980er-Jahren auch eine Rolle spielte. In Rumänien vollzog sich – ohne vorrevolutionäre Erfahrung – die Preisgabe der kommunistischen Staatsmacht hingegen mit Gewalt und Toten.

Die Umwälzungen in Mitteleuropa verliefen relativ friedlich, weil die kommunistischen Repräsentanten nicht nur die Einsicht zur Aufgabe und zur Übergabe ihrer Macht hatten, sondern vor allem weil es eine echte und zeitnahe Chance auf Regeneration der sozialistischen Einparteiensysteme und ihrer Kommandowirtschaften nicht mehr gab. Dem westlichen Modernisierungsdruck war der östliche Staatssozialismus nicht mehr gewachsen.

III. Ursachen für den rasanten Verlauf der deutsch-deutschen Entwicklung

Timothy Garton Ash sah das Jahr 1989 aus eigenem Erleben als Kombination von »Revolutionen« als Druck von der Straße (»von unten«) und »Reformen« der Systems (»von oben«). Versucht man eine differenziertere Ursachenforschung zu betreiben, was das Ende des SED-Regimes bewirkte und die deutsch-deutsche Entwicklung 1989/90 beförderte, lassen sich mehrere Punkte – zwölf an der Zahl – benennen:

1. Fehleinschätzungen in Bezug auf die wirtschaftliche Konkurrenz- und die Existenzfähigkeit des eigenen Staates waren noch bis 1989 gegeben.

2. Im Zuge von Wahlfälschungen und wirtschaftlichem Niedergang erfolgten verstärkt Besetzungen ausländischer und bundesdeutscher Botschaften durch DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der zweiten Jahreshälfte 1989.

3. Das medienwirksame und symbolische Aufschneiden des Eisernen Vorhangs durch Österreichs Außenminister Alois Mock und seinen ungarischen Amtskollegen Guyla Horn am 27. Juni 1989 und eben die mediale Verbreitung als offenes Tor zum Westen sowie das funktionierende Zusammenspiel im Dreieck Bonn-Budapest-Wien im Zusammenhang mit der offiziellen Grenzöffnung zum 11. September 1989 müssen mitberücksichtigt werden. Dieser Vorgang eröffnete nicht nur die Möglichkeit einer gelungenen Massenflucht von DDR-Urlaubern aus Ungarn, sondern bildete auch den »ersten Riss in der Mauer«, wie es Andreas Oplatka bildhaft beschrieben hat: den Anfang vom Ende des SED-Regimes.

4. Die offiziellen Feiern um den 7. Oktober anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung misslangen aufgrund der Massenproteste in der »Hauptstadt der Republik«. Das war gescheiterte Erinnerungspolitik.

5. Eine Eigendynamik revolutionärer und umsturzartiger Ereignisse sowie der Zerfall des SED-Machtmonopols setzten beschleunigt ein.

6. Der Zufall spielte eine Rolle in Berlin-Ost und Entschlussfähigkeit folgte in Bonn: Die vorzeitige Öffnung des Grenzübergangs in Berlin Bornholmer-Straße war durch die verunglückte Mitteilung auf einer Pressekonferenz am Abend des 9. November ausgelöst worden: Schabowskis Verzettelung. Das von Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag verkündete »Zehn-Punkte-Programm« gab am 28. November 1989 eine deutschlandpolitische Zielrichtung vor. Das war sowohl ein bemerkenswerter Ausdruck bundesdeutschen Souveränitätswillens als auch ein politischer Emanzipationsakt von den – für Deutschland als Ganzes eigentlich zuständigen – Vier Mächten.

7. Eine doppelte innerdeutsche Annäherung war einerseits durch einen nach polnischem Vorbild gebildeten »Zentralen Runden Tisch« gegeben, an dem Vertreter der Kirchen, der Opposition und auch der Regierung saßen, andererseits folgte das Treffen zwischen Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden, welches zur Vereinbarung der beiderseitigen symbolhaften Durchschreitung des geöffneten Brandenburger Tors am 22. Dezember 1989 führte.

8. Im Kreml herrschte aus Bonner Sicht allzu langes Schweigen und somit gab es kein positives Signal zur deutsch-deutschen Entwicklung und in der DDR trug der »Runde Tisch« zur Vermeidung einer Situation bei, die aus dem Ruder hätte laufen können. Das war das Verdienst von Hans Modrow – ehemaliger Chef der SED-Bezirksleitung Dresden –, aber auch engagierter Bürgerrechtler und der Stadtführung selbst. Mitte/Ende Januar 1990 setzte ein Umdenken im Kreml ein und im Februar 1990 erkannte Gorbatschow das Selbstbestimmungsrecht zur Einheit praktisch an.

9. Fortgesetzte Demonstrationen sowie ein drohender Massenexodus aus der DDR bewirkten vorgezogene freie Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mit dem Sieg der »Allianz für Deutschland« unter Lothar de Maizière. Wenn man den politischen Entscheidungsprozess beurteilen will, der zur deutschen Einheit führte, wird man das hohe Tempo der Entwicklungen und den daraus resultierenden enormen Zeitdruck in Rechnung stellen müssen, unter dem die politischen Akteure standen und der sich seit Herbst 1989 kontinuierlich erhöhte. Die gesteigerte Geschwindigkeit der Vorgänge erdrückte Gegnerschaft, Opposition und





Widerstand gegen die deutsch-deutsche Einigung – innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Die fortwährenden Demonstrationen und Massenproteste in der DDR bauten so einen Druck auf, so dass die Politik von den Ereignissen getrieben war. Deutsche und europäische Politiker konnten nur mehr reagieren. Dieser Vorgang hielt bis zur ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 an, durch die sich der politische Druck entladen konnte und kanalisiert wurde. Das »Gesetz des Handelns« ging seit Frühling 1990 dann wieder auf die Politik über, die allerdings den deutsch-deutschen Vereinigungsprozess hinnehmen musste und gerade noch so gut wie möglich zu beeinflussen und zu steuern versuchte.

10. Die Attraktivität der D-Mark spielte für die Ostdeutschen eine erhebliche Rolle, worauf die Bundesregierung bereits im Februar 1990 mit der Ankündigung des Vorhabens einer deutsch-deutschen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion reagierte. Die EG benötigte die Bundesrepublik für die Realisierung des seit 1985 bereits angekündigten Binnenmarkts mit den »vier Freiheiten« (Personen, Dienstleistungen, Güter und Kapitalverkehr), den Jacques Delors als EG-Kommissionspräsident mit der Zielmarke »EG 1992« verfolgte. Die sich vollziehende deutsche



Einigung zwang die übrigen EG-Staaten zur Vertiefung der europäischen Integration. Der kategorische Imperativ der doppelten Integration war sowohl durch die auf innerdeutscher Ebene vollendete Tatsache der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als auch durch das EG-Binnenmarkt-Projekt so zwingend geworden, dass Delors' Vorhaben ohne die Bundesrepublik nicht realisierbar und deshalb auch die Zustimmung der übrigen EG-Partner erforderlich war. Dieser doppelte Integrationsimperativ machte in Westeuropa den Weg zur deutschen Einigung frei.

11. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen waren Europas Politiker zunächst gegen eine rasche deutsche Vereinigung eingestellt. Ganz anders verhielten sich die US-Präsidenten Ronald Reagan zuvor schon und in den entscheidenden Jahren 1989/90 George H. W. Bush, nämlich positiv. Die politische Führung der Vereinigten Staaten reagierte nicht nur wohlwollend, sondern agierte auch als Bündnispartner jener deutschen Politiker, die die Einheit wollten. Ohne US-amerikanische Zustimmung und Unterstützung hätte die deutsche Vereinigung nicht so schnell erreicht werden können, insbesondere im Zeichen des Abwartens, der Gegnerschaft, der Überraschung und Verunsicherung seitens der Mehrheit der europäischen Politiker. Das nachlassende Misstrauen im

Westen, vor allem seitens der großen EG-Partner, gegenüber der rasanten deutschen-deutschen Entwicklung wurde durch vertrauensbildende Maßnahmen der Bundesregierung befördert. Die innerdeutsche Lösung der deutschen Frage erfolgte durch die Bildung der »Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion« am 1. Juli, den Einigungsvertrag am 31. August und den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes laut Artikel 23 am 3. Oktober 1990, die äußere Regelung durch den »Zwei-plus-vier«-Vertrag, unterzeichnet am 12. September 1990 in Moskau (in Kraft getreten am 15. März 1991) und die deutsche Zusage verstärkter europäischer Integrationspolitik in einer zukünftigen Europäischen Union.

12. Die von Helmut Kohl forcierte Politik der doppelten Integration bestand in der Verfolgung der deutschen Einheit bei gleichzeitiger Zustimmung zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Unterstützung der Vor- und Wegbereitung einer gesamteuropäischen Einigung. Die europäischen Öffentlichkeiten waren mehr oder weniger für die deutsche Einheit eingestellt auch aufgrund der Fernsehberichte, die die überwältigenden Bilder von den jubelnden Ostdeutschen zeigten, als die Grenzöffnungen erfolgten. Die tendenziell relativ positiv gestimmte öffentliche Meinung im westlichen Europa behielt die Oberhand vor der zunächst noch vorherrschenden Skepsis und Zurückhaltung der westeuropäischen Politiker.

IV. Zwischenfazit: Die deutsche Einigung als ein Ergebnis diplomatischer Kompromisse und pragmatischer Lösungen des politischen Interessenausgleichs

Die deutsche Einigung war Ergebnis diplomatischer Kompromisse und einer pragmatischen Politik des »do-ut-des« im Zeichen von »Realpolitik« als Kunst des Möglichen. Sie war auch Konsequenz vernunftgemäßen Handelns. Weniger freundschaftliche Beziehungen unter den politisch Handelnden (z. B. Genscher-Schewardnadse) als Aushandlungsprozesse verschiedenster politischer Interessen waren maßgeblich. Unabhängig von ideologisch-politischen Lagern gab es eine parteienübergreifende Konsenssuche und Lösungsfindung unterschiedlichster Akteure: Bush agierte als Republikaner, Gorbatschow als Kommunist, Kohl als Christdemokrat, Delors und Mitterrand als Sozialisten und Thatcher als Kon-

servative. Und alle konnten etwas erreichen: Bush bekam das vereinte Deutschland fester im Westen, vor allem in der NATO integriert – verbunden mit der Perspektive ihrer Erweiterung nach dem Osten Europas, was 1989/90 allerdings noch nicht auf der politischen Agenda stand. Gorbatschow erhielt weitere Finanzhilfen aus dem Westen, vor allem von Deutschland, um das politische Überleben der UdSSR zu sichern, aber auch ein von NATO-Stützpunkten freies Ostdeutschland, also eine Art »Österreichlösung« für die neuen deutschen Bundesländer – an eine NATO-»Osterweiterung« war aus sowjetischer Sicht gerade auch vor diesem Hintergrund gar nicht zu denken, geschweige denn ein solcher Vorgang zu akzeptieren. Kohl bekam die deutsche Einheit, Mitterrand den Euro (an Stelle der D-Mark, die er einmal intern mit einer deutschen Atombombe gleichgesetzt hatte), Thatcher den von ihr favorisierten Binnenmarkt sowie ein von der NATO kontrolliertes Deutschland. Delors und die EG-Partner erreichten ein stärker eingebundenes und damit auch besser kontrolliertes Deutschland, indem die Europäischen Gemeinschaften in eine zukünftige Europäische Union umgewandelt werden konnten.

Deutschlands Vereinigung ist also ein Musterbeispiel für eine diplomatisch-politische Meisterleistung der Kompromissfindung, in dem eine unumkehrliche Entwicklung einen unvermeidlichen politischen Entscheidungsprozess erzwungen hatte.

V. Vergleichende mitteleuropäische Perspektiven

Die revolutionären Ereignisse in Mittel-Osteuropa machten insgesamt sehr deutlich, dass die kommunistischen Herrschaftsträger auf den Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols weitgehend verzichteten, jedenfalls in Polen, Ungarn und der DDR. Ihr Informationsmonopol konnte nicht mehr beibehalten werden. Dabei agierte das Fernsehen als Produzent und Multiplikator der umsturzartigen Geschehnisse. Die westdeutschen TV-Medien hatten Appellations- und Demonstrationsfunktion, was die Protestbewegungen in Gang setzte und am Laufen hielt.

Die Gewerkschaftsbewegung in Polen und die sozioökonomische Liberalisierung in Ungarn bildeten Vorläufer und Pioniere der ostdeutschen Umsturz-Bewegung. Die Opposition in der DDR und der ČSSR profitierte





von den vorausgegangenen Freiheitsbestrebungen. Rumänien eilte der Entwicklung nur noch gewaltsam nach. Im Vergleich zu Polen (Lech Wałęsa) und der ČSSR (Václav Havel) gab es in der DDR – einmal abgesehen von mutigen Pfarrern wie Christian Führer oder Rainer Eppelmann – keine herausragende, intellektuelle, charismatische und die Massen bewegende Führungspersönlichkeit des gesamten und ihn einenden inneren Widerstands. Personen, die sich dafür geeignet hätten, waren entweder in Haft, verweilten in innerer Emigration, hatten sich in die Bundesrepublik abgesetzt oder waren dorthin abgeschoben und ausgewiesen worden. In der DDR gab es weder eine gewachsene organisierte Massenopposition wie die polnische Gewerkschaftsbewegung noch eine »offizielle« Plattform der Intellektuellen wie die vor allem von Tschechen getragene »Charta '77«. Es waren vereinzelt Frauen-, Friedens-, Umwelt- und Dritte Welt-Gruppen unter dem Dach der Evangelischen Kirche. Das alles sollte sich im Herbst 1989 jedoch schlagartig ändern.

Karlheinz Blaschke spricht von der sächsischen Revolution als städtischem Ereignis. Was sich im Oktober und November 1989 in der DDR in

atemberaubender Abfolge in Plauen, Dresden, Leipzig und erst später in Ost-Berlin entwickelte, war tatsächlich eine zunächst und vor allem protestantische, sächsische und städtische Bürgerbewegung, ohne die der spätere gesamtdeutsche Einigungsprozess in seiner Eigendynamik wohl nicht zustande gekommen wäre. Da bestand auch ein Dreieck Dresden-Leipzig-Plauen.

Der Versuch gegen das schon erwähnte Dreieck Bonn – Wien – Budapest eine gegnerische Achsenbildung Berlin/Ost – Prag – Bukarest (Honecker – Husák – Ceaușescu) zustande zu bringen, sollte nicht mehr gelingen. Die Folgen der mitteleuropäischen Ereignisse von 1989 waren komplex.

VI. Die Folgen

In Betrachtung des historischen Gesamtverlaufs des 19. und 20. Jahrhunderts war das Jahr 1989 eigentlich nur ein kurzer Augenblick der Freiheitsmanifestation, eine Ereignisverdichtung mit »Folgen einer unerhörten Begebenheit« (Wolf Lepenies), ein Transitorium mit unkalkulierbaren Folgen. Verbindlich war nur das Ende der russischen Hegemonie über Mitteleuropa. Insofern wurde ein Jahrhundert abgewählt, wie Timothy Garton Ash zutreffend festhielt.





Der Kalte Krieg ging zu Ende, der Friede brach aber nicht aus: An die Stelle alten Kommunismus trat neuer Nationalismus, der vom sozialistischen Sowjet-Universalismus nur scheinbar befriedet worden war.

Die Revolution fraß ihre Kinder in Polen, der ČSSR und der DDR: die polnische *Solidarność* zerbrach in Einzelparteien, das tschechische »Bürgerforum« zerfiel noch vor der Sezession von Slowaken und Tschechen und das »Neue Forum« der DDR war im Frühjahr 1990 nur mehr eine Marginalie.

Die Macht der Aufbegehrenden hatte 1989 zwar in der Beseitigung alter, nicht aber in der Herstellung neuer Machtverhältnisse bestanden: In der erreichten De-Legitimierung des alten Regimes bestand ihre Stärke, in der ausgebliebenen Konstituierung neuer Ordnungen ihre Schwäche.

Freiheitserringung bedeutete nicht automatisch Demokratisierung und Rechtsstaatsgarantie. So ergaben sich neue Spannungsfelder: einerseits die Diskrepanz zwischen politischer Veränderung und wirtschaftlicher Neugestaltung, andererseits das Dilemma zwischen rascher institutioneller Reform im staatlichen Bereich und zäher Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens.

In das Machtvakuum der Jahre 1989/90 drangen mittel- und langfristig auch alte Ideologien und neue Kräfte ein: Ausländerfeindlichkeit, Anzeichen von Bürgerkrieg, Fremdenhaß, Extremismus, Radikalisierung, Sezession und Terrorismus.

Im Wandel von postkommunistischen zu neu-demokratischen Herrschaftsverhältnissen mischte sich so auch Altes mit Neuem. Fast überall zeigten sich alsbald Spannungen und Rivalitäten innerhalb der Opposition. Ihre starke Pluralisierung war nicht immer förderlich für die Demokratisierung der politischen Systeme. Wie Polen befreite sich Ungarn selbst, ohne dass durch die Machtverschiebungen schon demokratiepolitische Stabilität erzielt worden wäre.

Nach dem Ausbleiben rascher Freiheitserfolge mündete vieles in die ebenfalls nicht schnell einlösbare Gleichheitsforderung. Diese doppelte Enttäuschung führte viele Menschen in den postkommunistischen Gesellschaften zu neuer politischer Gleichgültigkeit und Agonie sowie zur Wiederentdeckung der Nische des Privaten oder gar sozialistischer Nostalgie. Wie eine Alge verbreitete sich die »Ostalgie«.

Das Jahr 1989 bedeutete nur eine scheinbare Wiederkehr der Ereignisgeschichte. Tatsächlich fanden in den Folgen der Geschehnisse unter-



schiedliche Strukturen ihren Ausdruck. Die Demokratisierung der postkommunistischen Gesellschaften reichte nicht aus, um die im real existierenden Sozialismus entstandenen Gewohnheiten, Kulturen und Mentalitäten von heute auf morgen zu überwinden, die Legitimation neuer Institutionen zu gewährleisten und die konstitutionelle Balance zu halten. Daraus resultierten Identitäts-, Konsolidierungs- und Stabilitätskrisen.

Vor einer Mythologisierung und Verklärung der »Revolutionen« in Mitteleuropa von 1989 ist daher abzuraten: Es waren weder gewaltsame Umwälzungen, noch gab es substantiellen Widerstand der kommunistischen Regime. Dem Systemwechsel folgte nicht zwingend ein Elitenwechsel. Es waren Umsturz-Bewegungen, die Übergänge ermöglichten, die über Jahre andauern sollten.



In sehr kurzer Zeit waren die neuen Staatsformen gezwungen, die über Jahrzehnte zurückreichenden Entwicklungen der westlichen Demokratien nachzuvollziehen. Die Umorganisation des ökonomischen Systems von einer Kommando- und Planwirtschaft zum Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus legte ideologische und mentalitätsspezifische Probleme auf beiden Seiten, in Ost wie West, offen.

Die ČSFR erlebte eine Sezession in Tschechien und Slowakei. In Jugoslawien brach der Bürgerkrieg aus, der zu ethnischen Säuberungen ungeahnten, ja genozidartigen Ausmaßen führte. Die Sowjetunion hatte bereits 1991 ihr Leben ausgehaucht. Es folgte die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

»1989« war gleichzeitig Wiederentdeckung Mitteleuropas, »Rückkehr nach Europa« (Hans Lemberg) und »Beginn einer gesamteuropäischen Neufindung« (Kühnhardt).

Bereits die Europäischen Gemeinschaften starteten Unterstützungsmaßnahmen für die potentiellen Beitrittskandidatenländer. Hierbei spielte die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London eine Rolle. Die Weltbank, der IWF und ausländische Konzerne kamen hinzu und nahmen ebenfalls einen wichtigen Part beim »Aufbau Ost« ein. Die EU-Maßnahmen stellten laut Philipp Ther weniger eine »Friedens-«, sondern vielmehr eine »Wohlstands-Mission« dar. Alles zusammen genommen waren diese Prozesse, die einer »nachholenden Modernisierung« gleichkamen, einmalige historische Vorgänge. Die seit der EU-»Osterweiterung« (2004/07) geleisteten Transfers übertrafen bei weitem das amerikanische Wiederaufbauprogramm European Recovery Program (ERP) für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (1948–1952/53) in absoluten Zahlen und im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Empfängerländer. Dieser historische Vorgang wird auch mit Blick auf eine groß angelegte geoökonomische und geostrategische Konzeption des Westens interpretiert, die mit Deregulierung, Neoliberalismus und mit jener der EU vorausseilenden NATO-»Osterweiterung« zusammenhing.

Westeuropa reagierte zunächst 1989/90 neben Delors' Integrationsprogramm – Vertiefung (Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) vor Erweiterung – desorientiert, distanziert und hilflos. Der zweifache Ratschlag zur Einführung der Demokratie und zum Aufbau der Marktwirtschaft sollte sich als vordergründig erweisen. Der Transformationsprozess war von einem ökonomischen Niedergang begleitet. Dem »annus mirabilis« 1989 folgten »anni miserabiles« (Ivan Berend). Stichworte: Abwicklung, Besser-Wessies, Glücksritter, Treuhand-Misere und wachsende wirtschaftliche Kluft zwischen Ost und West.

Demokratie und Marktwirtschaft liefen so Gefahr, zur realitätsfernen Empfehlung zu gerinnen, das Ende der Machbarkeitsideologie zu signalisieren und aufgrund nur langsamer oder fehlender Umsetzungsmöglichkeiten fragwürdig zu werden. Daher wird im Jahr 1989 auch die Entzauberung der demokratischen Fortschrittsidee gesehen. Die Grenzen des Parteien- und Sozialstaates wurde deutlicher denn je. Eine systematisch angelegte bilanzierende Untersuchung der Gewinner und

Verlierer der Umstürzbewegungen und die Beantwortung damit zusammenhängender Fragen des Schutzes und der Entschädigung der Verlierer steht immer noch aus.

Das einmalige Experiment eines Transformationsprozesses der europäischen Geschichte verlief zwar in Mitteleuropa weitgehend friedvoll, war aber lange noch nicht abgeschlossen.

Wurde zwar 1989/90 Wandel durch Repräsentation bewirkt, so war »Repräsentation« als unbestrittenes Prinzip noch nicht gesichert, wie auch der demokratiepolitische Problemfall Slowakei und offiziell zur Schau getragener Rechtspopulismus bis hin zu Rechtsbeugungen in Polen, Tschechien und Ungarn zeigten. Rechtsextremismus und Neonazismus am Beispiel des zudem viele Fragen aufwerfenden Falls Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) machten Defizite der ermittelnden Behörden und der demokratischen Instanzen deutlich.

Gleichwohl im westlichen Rückblick die revolutionären Ereignisse 1989/90 als »Freiheitsrevolution« erschienen und als solche bejubelt wurden, hatte sich im positiven Sinne eine »89er«-Generation der Freiheit im Osten nicht so deutlich artikuliert und manifestiert wie vergleichsweise die anders zu beurteilende 68er-Generation.

Im Unterschied zum Kalten Krieg, der in der Mitte des Kontinents mit dem »Eisernen Vorhang« eine Trennlinie gezogen hatte, verlagerten sich nach 1989 die Konfliktzonen an die Peripherien Europas. Ein grenzenloses Europa schien nun für alle Zeiten gesichert. Dass jedoch Grenze ein existentielles Menschheitsbedürfnis ist, weiter gültigen Fortbestand haben würde und als solche auch notwendig war, dämmerte erst angesichts der »Flüchtlingskrise«.

Mit dem Jahr 2015 und der Errichtung von meterhohen Stacheldrahtzäunen an den Binnen- und Außengrenzen der EU war das Jahr 1989 mit der Niederreißung des »Eisernen Vorhangs« zu Ende gegangen: Wenn gleich die Hintergründe und Motive unvergleichbar erscheinen: Mit diesen Abwehrhaltungen und Abschottungsmaßnahmen gegen die Zuwanderung von »fremden« Menschen vorwiegend muslimischen Glaubens ist der kulturelle und mentalitätsgeschichtliche Eisenerne Vorhang zwischen Westeuropa einerseits sowie Mittel- und Osteuropa andererseits deutlicher denn je sichtbar geworden. Dieser kulturelle und mentale Vorhang verläuft relativ genau an der sogenannten innerdeutschen Grenze bzw. der ehemaligen Staatsgrenze der DDR.



VII. Fazit: Das Jahr 1989 als Zäsur-Jahr der europäischen Geschichte mit weltpolitischen Folgen

1989 verdient eine globale Betrachtung und erfordert entsprechende Reflexion. Das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) zu verkünden, war vordergründig. Nach einer euphorischen Aufbruchstimmung über die sich angeblich auflösenden Konfrontationsmuster und Strukturen des Kalten Krieges zeigten sich differierende Auswirkungen und Entwicklungen der Ereignisse dieses Jahres, die die Welt veränderten. Während sich der Osten Europas öffnete und die Demokratie mit allen Stärken und Schwächen Einzug hielt, erlebte China nur einen Monat den Traum des Wortes »Freiheit«. Der Herbst der Völker hat eine Realität aufgerollt, die fundamentale tektonische Veränderungen nach sich zog. Das Jahr 1989 setzte einerseits die Globalisierung der Freiheit, andererseits aber auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Humanisierung der Welt sowie das Bewusstsein für die Klimaerwärmung der Erde in Gang. Das Jahr 1989 förderte gleichzeitig eine Emanzipation älterer Nationalismen und eine Spirale der politisch-militärischen Gewalt mit dem blutigen Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und den Kriegen in Liberia und Somalia sowie den Dschihad unter Führung Osama Bin Ladens, der



nach seinem Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan eine neue anti-amerikanische Strategie zu entwickeln begann.

Die geopolitischen Folgen waren revolutionär: Die deutsche Einigung (1990), die Auflösung des Warschauer Pakts und die Implosion der Sowjetunion (1991), der Zerfallsprozess Jugoslawiens mit Krieg und Gewalt (ab 1991), die Gründung der EU durch den Maastrichter Unionsvertrag (1993) sowie die NATO- (ab 1999) und die EU-Osterweiterung (ab 2004/07) sind sichtbarste Ergebnisse und Folgen der tektonischen Verschiebungen und geopolitischen Umwälzungen auf dem Kontinent. Die Vereinigten Staaten ignorierten nach ihrem Siegestriumph des gewonnenen Kalten Krieges die Sicherheitsinteressen Russlands im Osten Europas, was Formen eines neuen Kalten Krieges nach sich zog.

»1989« ist als ein europäisches Zäsur-Jahr mit weltpolitischen Folgen und daher auch als ein Epochen-Jahr zu begreifen, weil es nicht nur revolutionäre Ereignisse, sondern auch revolutionäre Folgen nach sich zog. Es bedeutete nicht nur das scheinbare Ende des Kalten Krieges, der ein Dritter Weltkrieg war, sondern auch das Ende der so genannten bipolaren Welt. Die Hyperdominanz der USA wurde nach einem Jahrzehnt des Übergangs spätestens mit 9/11 von einer Welt der Multi-Polarität mit neuen globalen Mächten abgelöst. Mit dem Jahr 1989 sind

nicht nur demokratiepolitische Aufbrüche und Emanzipation möglich geworden, sondern auch neue nationalistische Bedrohung und internationales Risiko entstanden. So lassen sich mich abschließend drei Thesen formulieren.

These 1: Die umsturzartigen und revolutionären Ereignisse verliefen in Mitteleuropa 1989 deshalb so relativ friedlich und gewaltfrei, weil die Entspannungspolitik des KSZE-Nachfolgeprozesses in dieser Region Europas stärker wirkte und sich auch ausgehend davon mehr bürgerrechtliche und zivilgesellschaftliche Strukturen bilden konnten als in Südosteuropa (Stichwort »Balkan«).

These 2: Die friedlichen Übergänge in Mitteleuropa waren praktisch auch ein bisher nicht so benanntes unbewusstes Zusammenwirken ökumenischer Wirkkräfte: Der polnische Papst und der Vatikan als geistiges Imperium sui generis einerseits und die evangelisch-lutherische Protest-Bewegung (»Protestanten«) in der DDR andererseits ergänzten sich wechselseitig und trugen damit zur Hinterfragung und Unterhöhlung des Sozialismus als Ersatzreligion sowie zum Ende seiner Einparteiensysteme mit bei.

These 3: In den Jahren 1989/90 und der Bewältigung seiner Folgen lagen sowohl Chancen als auch Risiken. Das ist die bleibende Herausforderung. Die Frage »Wie nun weiter?« stellte sich stets aufs Neue und das ist so bis heute geblieben. Sie muss in einer gesellschaftlich und sozial ausgewogenen Art beantwortet und entsprechend politisch behutsam und klug agiert werden.

Zuletzt noch ein Schlussgedanke: Die Veränderungen der Jahre 1989/90 wurden vor allem von der Jugend und der mittleren Generation angestoßen und von pragmatisch und rational agierenden Politikern in Ost wie West umgesetzt. Diese Erkenntnis sollte eine leitende Grundlage für weiteres politisches Handeln mit Optimismus und Zuversicht sein.





Die Schriftenreihe »Veranstaltungen des Sächsischen Landtags« dokumentiert die Reden zu Fest- und Gedenkveranstaltungen im Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- | | | |
|--|---|--|
| <p>Sonderdruck: Festakt zum Tag der Deutschen Einheit und zur Bildung des Landes Sachsen am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg Meißen</p> <p>Heft 1: Festrede anlässlich des Festakts des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit 1991</p> <p>Heft 2: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1992</p> <p>Heft 3: Festakt des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen am 12. Juli 1993 im Alten Rathaus zu Leipzig</p> <p>Heft 4: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1993</p> <p>Heft 5: 4. Jahrestag der Gründung des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen am 6. Mai 1994</p> <p>Heft 6: Schlüsselübergabe und Festakt anlässlich der feierlichen Einweihung der Neubauten des Sächsischen Landtags am 12. Februar 1994</p> <p>Heft 7: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1994</p> <p>Heft 8: Gedenkstunde des Sächsischen Landtags anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes am 7. Mai 1995</p> <p>Heft 9: Fachtagung »Änderung der Bestimmungen über die konkurrierende Gesetzgebung – alter Wein in neuen Schläuchen?« am 26. Mai 1995</p> <p>Heft 10: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995</p> <p>Heft 11: Vorstellung des Forschungsprofils des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur e.V. am 9. November 1995</p> <p>Heft 12: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1996</p> <p>Heft 13: Symposium anlässlich des 50. Jahrestages der Konstituierung eines sächsischen Landtags am 22. November 1946</p> <p>Heft 14: Feierstunde zum 5. Jahrestag der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung am 26. Mai 1997</p> | <p>Heft 15: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1997</p> <p>Heft 16: Reden zur Eröffnung der Ausstellung »Deutsche Jüdische Soldaten« am 20. November 1997</p> <p>Heft 17: Feststunde anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des Staates Israel am 5. Dezember 1997</p> <p>Heft 18: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1998</p> <p>Heft 19: Kolloquium »Wirkungsforschung zum Recht – Folgen von Gerichtsentscheidungen« vom 25. bis 27. November 1998</p> <p>Heft 20: Eröffnung der Ausstellung »10 Jahre Friedliche Revolution – Ein Weg der Erinnerung« am 2. Oktober 1999</p> <p>Heft 21: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1999</p> <p>Heft 22: Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Nato am 21. November 1999</p> <p>Heft 23: Festveranstaltung zum Jubiläum »10 Jahre Freistaat Sachsen – 10 Jahre Sächsischer Landtag« am 27. Oktober 2000</p> <p>Heft 24: Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in den USA zur 43. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. September 2001</p> <p>Heft 25: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2001</p> <p>Heft 26: Symposium »Unverstandenes Parlament – unaufgeklärte Bürger. Warum parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit?« am 23. November 2001</p> <p>Heft 27: Festveranstaltung »10 Jahre Sächsische Verfassung« am 27. Mai 2002</p> <p>Heft 28: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2002</p> <p>Heft 29: Podiumsdiskussion »Unsere Zukunft in Europa – die Rolle der Regionen im zukünftigen Gefüge der Europäischen Union« am 24. Februar 2003</p> <p>Heft 30: Gedenkveranstaltung »Volksaufstand für die Freiheit« am 17. Juni 2003</p> | <p>Heft 31: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2003</p> <p>Heft 32: Symposium »Unverstandenes Parlament – unaufgeklärte Journalisten. Warum parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit?« am 14. November 2003</p> <p>Heft 33: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2004</p> <p>Heft 34: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2005</p> <p>Heft 35: Festveranstaltung »175 Jahre sächsische Verfassung« am 4. September 2006</p> <p>Heft 36: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2006</p> <p>Heft 37: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 28. Januar 2007</p> <p>Heft 38: Feststunde »15 Jahre Sächsische Verfassung« am 24. Mai 2007</p> <p>Heft 39: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2007</p> <p>Heft 40: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008</p> <p>Heft 41: Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 2008</p> <p>Heft 42: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2009</p> <p>Heft 43: Festakt zur Verabschiedung von Landtagspräsident Erich Iltgen am 2. Oktober 2009</p> <p>Heft 44: Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2009</p> <p>Heft 45: Festakt »20 Jahre Friedliche Revolution« am 9. Oktober 2009 im Neuen Gewandhaus in Leipzig</p> <p>Heft 46: Festakt zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010</p> |
|--|---|--|

Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de, per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.

- Heft 47:** Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010
- Heft 48:** Festakt des Sächsischen Landtags »20 Jahre Sächsischer Landtag« am 27. Oktober 2010 Haus der Kirche/Dreikönigskirche in Dresden
- Heft 49:** Eröffnung der Ausstellung »Akteure im Bild – Der Sächsische Landtag 1990 bis 1994« am 25. November 2010
- Heft 50:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2011
- Heft 51:** Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2011
- Heft 52:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2012
- Heft 53:** Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2012
- Heft 54:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2013
- Heft 55:** Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013
- Heft 56:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2014
- Heft 57:** Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2014
- Heft 58:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2015
- Heft 59:** Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2015
- Heft 60:** Festakt des Sächsischen Landtags 25 Jahre Sächsischer Landtag am 27. Oktober 2015
- Heft 61:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2016
- Heft 62:** »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2017
- Heft 63:** 25 Jahre Sächsische Verfassung am 10. Mai 2017



